

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

35. Jahrgang / 240

15. Dezember 1980

Fred Zander MdB, **Parlamentarischer Staatssekretär** beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, sieht die Adoptionsvermittlungsstellen immer noch vor einer schweren Aufgabe: Mehr Information hilft.
Seite 1

Roy Jenkins zu den Erfahrungen mit dem Europäischen Währungssystem: Wirkliche Verbesserungen.
Seite 2/3

Günter Kiehm MdB setzt sich für die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung ein: Anlauf zur besseren Zusammenarbeit.
Seite 4

Karin Hempel-Soos fordert die SPD auf, sich konkreter Zusagen zu erinnern: Mut zur Zukunft - auch für Frauen?
Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Mehr Information hilft

Adoptionsvermittlungsstellen haben eine schwierige Aufgabe

Von **Fred Zander** MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Zahl der bei den Adoptionsvermittlungsstellen der Jugendämter und der freien Träger registrierten Adoptionbewerber übersteigt seit vielen Jahren die Zahl der für eine Adoption freigegebenen Kinder bei weitem. Zwar haben die Adoptionsvermittlungsstellen durch eine Intensivierung ihrer Arbeit die jährliche Gesamtzahl der abgeschlossenen Adoptionen in den letzten Jahren deutlich steigern können. So haben in den Jahren 1976 bis 1979 mehr als 40.000 Kinder durch die Adoption neue Eltern gefunden; die überwiegende Mehrzahl der Kinder war bei der Adoption noch nicht drei Jahre alt. Hier hat sich anerkanntermaßen auch die Adoptionsreform sehr hilfreich ausgewirkt. Aber die Zahl der auf den Wartelisten der Adoptionsvermittlungsstellen vorgemerkten Adoptionbewerber, für die noch kein Kind gefunden werden konnte, hat sich parallel zu dieser Entwicklung drastisch weiter erhöht: Sie lag Ende 1979 im Bundesgebiet bei über 20.000. Dies macht deutlich, wie schwierig die Arbeit der Adoptionsvermittlungsstellen sich auch in Zukunft bei der Auswahl der Adoptiveltern gestalten wird.

Insgesamt kommen nach der Statistik zur Zeit etwa vier bis fünf adoptionswillige Ehepaare auf ein zur Adoption freigegebenes Kind. Die meisten Bewerber möchten aber - was ich durchaus verstehe - einen Säugling oder ein Kleinkind im Alter bis zu einem Jahr adoptieren, so daß das Zahlenverhältnis zwischen Adoptionbewerbern und Kindern in der Praxis tatsächlich für die Adoptionswilligen noch wesentlich ungünstiger ist. Das bedeutet, daß viele Ehepaare im Bundesgebiet jahrelang oder sogar vergeblich auf die Vermittlung eines Kindes warten müssen. Diese Tatsache löst bei vielen Betroffenen Unmut aus, erst Recht, wenn sie aufgrund gewisser Berichte in den Massenmedien annehmen müssen, die langen Wartezeiten würden durch die mangelhafte Arbeit der Adoptionsvermittlungsstellen verursacht. Hier kann meines Erachtens aber nur eine eingehende Information und Beratung der Adoptionbewerber helfen.

+ + + (-/15.12.1980/bgy/ca)

Wirkliche Verbesserungen

Das Europäische Währungssystem: Erfahrungen und Zukunftsaussichten

Von Roy Jenkins

Präsident der EC-Kommission

Vor drei Jahren hielt ich in Florenz eine Rede. Ich sagte damals, die Zeit sei nunmehr reif für einen neuen Vorstoß in Richtung Währungsintegration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Innerhalb weniger Monate auf der Tagung des Europäischen Rats in Bremen die Errichtung des Europäischen Währungssystems grundsätzlich beschlossen, und fast genau ein Jahr später, im März 1979, trat das System dann in Kraft.

Meines Erachtens haben die Argumente, die ich damals in Florenz anführte, nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Ich glaube, daß die Währungsunion eine effizientere und weitergehende Rationalisierung der Industrie und des Handels erleichtert, daß damit eine neue Ära der Preisstabilität in Europa eingeleitet und dem bisherigen chronischen Inflationsdurstcheinander ein entscheidender Schlag versetzt werden könnte; sie könnte zur Bewältigung der derzeitigen Rezession und eines ihrer unangenehmsten Aspekte, der Arbeitslosigkeit, beitragen; sie würde eine gerechtere Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands zwischen den Regionen der Gemeinschaft auf der Grundlage eines ausgewogenen Gemeinschaftshaushalts und größeren Ressourcentransfers über die Gemeinschaftsorgane fördern und die politische Entwicklung unserer Organe vorantreiben, die unserer gemeinsamen europäischen Überzeugung entspricht und unser gemeinsames europäisches Ziel ist.

Das Europäische Währungssystem ist hierfür ein wichtiges Instrument und der unerläßliche praktische Beginn. Wirkliche Verbesserungen sind bereits erreicht worden.

Enttäuschend war bisher, daß es uns nicht gelungen ist, eine kohärente Politik gegenüber den Währungen außerhalb des Systems zu entwickeln. Wir sollten in der Lage sein, den Wechselkurs zwischen ECU und Dollar koordiniert zu steuern, damit Belastungen vermieden oder zumindest auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Wir haben auch die notwendigen Befugnisse dazu.

Eine weitere Enttäuschung besteht darin, daß das Pfund Sterling zwar formal zum Europäischen Währungssystem gehört, daß es bislang jedoch nicht an dem bestehenden Wechselkurssystem teilnimmt. Ich halte dies nach wie vor für einen Fehler, einmal für die Gemeinschaft, aber mehr noch für das Vereinigte Königreich selbst. Wenn die Briten nicht Vollmitglieder des Systems werden, wenn sie nicht die gleichen Risiken und Verantwortungen übernehmen und die gleichen Vorteile genießen wie die übrigen Mitglieder, dann dürfen sie sich nicht beklagen, wenn sich das System in einer Weise entwickelt, die nicht unbedingt den Besonderheiten des Pfundes und den zugrunde liegenden besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen im Vereinigten Königreich Rechnung trägt.

Das Wechselkurssystem des EWG ist sehr flexibel. Andere Länder haben gemerkt, daß sich eine volle Teilnahme am Wechselkurssystem durchaus mit der Verfolgung ihrer eigenen wirtschaftlichen und monetären Ziele vereinbaren läßt. Es gibt keinen Grund, weshalb das Vereinigte Königreich nicht das gleiche tun sollte. Die britischen Export-



teure würden eine größere Wechselkursstabilität sehr begrüßen, und sie wäre für die gesamte britische Wirtschaft von Vorteil.

In zwei Punkten des EWS war eine Weiterentwicklung ausdrücklich geplant. Es handelt sich dabei um die Europäische Währungseinheit ECU und den Europäischen Währungsfonds. Die ECU ist nunmehr als Einheit, auf die die offiziellen Transaktionen der Gemeinschaft lauten, fest etabliert. Auch die Privatwirtschaft verwendet allmählich ECU. Bisher war der Umfang dieser Transaktionen jedoch gering. Dies muß im wesentlichen dem Markt überlassen bleiben.

Was die offizielle Verwendung der ECU angeht, so muß meines Erachtens zumindest zweierlei unverzüglich getan werden. Erstens sollte die ECU Kernstück des Europäischen Währungssystems sein. Immer noch intervenieren die Zentralbanken der Gemeinschaft auf den Devisenmärkten hauptsächlich in Dollar. Außerdem ist die Pflicht zur Annahme von ECU begrenzt. Gegenwärtig braucht eine Gläubigerzentralbank die Rückzahlung ihrer Forderungen lediglich zu 50 Prozent in ECU zu akzeptieren. Ich meine, daß dies künftig geändert werden sollte.

Die zweite Änderung, die ich für notwendig halte, betrifft die Beziehungen zwischen ECU und Gold. Der Goldpreis hat seit der Einführung des EWS sehr stark geschwankt. Selbstverständlich hatte man dies seinerzeit nicht vorausgesehen. Wenn keine Abhilfe geschaffen wird, wird die auf dem Markt vorhandene ECU-Menge teilweise von einem Edelmetallpreis abhängen, der aufgrund sachfremder und irrelevanter Faktoren wilde Sprünge machen kann. Meines Erachtens sollte durch Überprüfung der derzeitigen Regeln sichergestellt werden, daß die ECU-Menge, die während eines bestimmten Zeitraums geschaffen werden soll, von einer objektiven Schätzung des Bedarfs der Gemeinschaft ausgeht.

Trotz dieser Mängel existiert und gedeiht die ECU. Von dem geplanten Europäischen Währungsfonds kann man dies nicht sagen. Es wäre verfrüht zu fordern, daß der Europäische Währungsfonds als eine Art Europäische Zentralbank ins Leben gerufen wird. Auf der anderen Seite wäre es eine verpaßte Gelegenheit, wenn er nicht mehr als eine Neuauflage des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit unter einem eindrucksvoller klingenden Namen wäre. Meiner Ansicht nach sollte der Fonds von Anfang an zumindest einige der Züge und Funktionen einer Zentralbank aufweisen.

Erstens sollte er die ECU-Menge, die geschaffen werden soll, bestimmen und die zeitliche Verteilung der ECU-Schöpfung kontrollieren; zweitens sollte er die Aufgabe haben, die Währungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten zu koordinieren, und drittens sollte er die Interventionspolitik gegenüber Drittwährungen kontrollieren. Der Europäische Rat sollte im nächsten Jahr über diese und weitere Punkte beschließen.

Heute geht es darum, das Gefühl für die Prioritäten, das zu den Bremer Beschlüssen von 1978 führte, zu erhalten und nicht zuzulassen, daß die täglichen Schwierigkeiten uns den Blick auf unser ferner liegendes Ziel verstellen. (-/15.12.1980/bgy/ca)

+ + +



Anlauf zur besseren Zusammenarbeit

Es geht um die tatsächliche Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung

Von Günter Kiehm MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Es ist nicht zu leugnen, daß Kommunalpolitiker die Entwicklung in Bonn mit Skepsis beobachten. Dem Abbau der Lohnsummensteuer soll zum Beispiel der Abbau der Gasölbetriebs-
hilfe für den öffentlichen Nahverkehr und die Streichung der Steuervergünstigung für Sparkassen folgen.

Diese Einzelmaßnahmen lassen sich erklären mit Vorstellungen, Energie einzusparen oder auch mit fiskalischen Erwägungen und mit der Absicht, Wettbewerbssituationen zu verändern. Es ist nicht zu erkennen, daß die Einschnitte etwa die Folge veränderter Aufgabenstellungen sind oder Teil einer systematischen Umverteilung von Finanzmasse. Die Häufung dieser punktuell wirkenden Eingriffe löst natürlich bei den Kommunalpolitikern Skepsis und Besorgnis aus.

Der verfassungsmäßig gesicherte Anspruch der Kommunen, daß ihnen das Recht gewährleistet sein muß, ihre Aufgaben in eigener Verantwortung zu regeln, allein reicht nicht aus. Dieser Anspruch ist auch tatsächlich zu sichern. Für die Bundespolitik ist es nicht tröstlich zu wissen, daß die Selbstverwaltung einschränkende Regelungen auch von den Ländern ausgehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion will sich verstärkt darum bemühen, daß Gesetze und Maßnahmen des Bundes auf ihre Wirkung in den Kommunen überprüft werden. Das wird Aufgabe der Arbeitskreise der Fraktionen und der Ausschüsse sein. Die Arbeitsgruppe Inneres der Fraktion will darüber hinaus die Auseinandersetzung mit den Kommunen über die Gesetzesvorhaben und Maßnahmen des Bundes zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen um aus der auf Ressortentscheidungen reagierenden Argumentation herauszukommen. Aktuelle Entwicklungen unterstreichen die Bedeutung dieser Aufgabenstellung:

- die Auseinandersetzung um den Abbau von Mischfinanzierung und Gemeinschaftsaufgaben
- die auflebende Diskussion um Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern mit Wirkungen für die Kommunen
- die gewollte Stärkung der Kompetenzen der Gemeinden beim öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Im Zusammenwirken mit Abgeordneten, die diese Aufgabenstellung sehen und in den verschiedensten Ausschüssen des Bundestages arbeiten, soll ein Ansatz für regelmäßige sachliche Gespräche zwischen Bundestagsfraktion und Vertretern der Kommunen gefunden werden.

Die Koordinierungsstelle Kommunalpolitik bei der Bundestagsfraktion kann für diese Arbeit den notwendigen organisatorischen Rückhalt schaffen. (-/15.12.1980/hi/ca)

+ + +



Mut zur Zukunft - auch für Frauen?

Die SPD sollte sich ihrer konkreten Zusage erinnern

Von Karin Hempel-Soos

Pressesprecherin des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Nach dem Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition, den erneuten Koalitionsverhandlungen, der Kabinettsbildung, der Regierungserklärung und vor allem nach der Debatte dazu im Bundestag haben die sozialdemokratischen Frauen ein Resümee gezogen über die existentiellen Unterschiede von Wahlversprechen und Regierungsprogramm.

Bereits die Koalitionsverhandlungen verhiessen nichts Gutes, die Regierungsbildung ließ keinen Spielraum für Interpretationen zu, und schließlich setzten Regierungserklärung und die Debatte die berühmten Punkte aufs 1 - Politik für Frauen fand nicht oder nur unter "ferner liefen" statt:

Auf 36 Seiten mit 138 Punkten kamen die "Chancen der Frauen" auf Seite 32 unter Punkt 117 zwischen 16 Zeilen der Regierungserklärung vor.

In der Debatte durften von 34 Rednern vier Frauen an Mikrophon, davon drei zur Familienpolitik. Lauwarme und halbherzige Pflichtübungen nach dem Motto "Im Westen nichts Neues" und Übergang zur Tagesordnung.

Während es im Wahlprogramm der SPD noch relativ optimistisch heißt "Wir brauchen Zuversicht in die Zukunft" und "Die Gleichberechtigung der Frauen muß verwirklicht werden", liest sich das MUT ZUR ZUKUNFT in der Regierungserklärung schon etwas verzweifelter und erinnert an den Werbespruch "Weiterarbeiten am Modell Deutschland". Das haben Mißwahlen und Misswahlen denn auch gemeinsam, ganz schön aufgeblasen obenherum, aber nicht(s) im Kopf.

Im lyrischen, sprich unverbindlichen Teil der Regierungserklärung ist nachzulesen: "Leistungen der Frau in der Familie müssen ebenso hoch bewertet werden wie Frauenarbeit im Beruf." Das kann heißen, Streicheleinheiten auch im Beruf, statt gleicher Chancen und gleichwertiger Bezahlung. Das kann aber auch heißen, Lohn für Hausarbeit, und das ist dann noch unrealistischer und leichtfertiger. Anscheinend hat hier dem Kanzler ein Zipfelchen schlechtes Gewissen die Feder verführt.

"Frauen brauchen bessere Chancen in Berufsleben, Aufstiegsmöglichkeiten in Unternehmen, Behörden, politischen Parteien und gesellschaftlichen Verbänden." Auch diese strapazierte historische Floskel steht unter dem Motto "Mut zur Zukunft", allerdings sind im Kanzleramt denn auch mit die wenigsten Frauen in verantwortlichen Positionen zu finden. Vielleicht ist auch WUT zur Zukunft die angebrachte Devise, wenn die Regierung nach 30 Jahren Verfassungsauftrag, prüfen lassen will, "ob die Situation der Frauen durch ein Antidiskriminierungsgesetz verbessert werden kann". So etwas nennt sich Gleichgewicht der Kräfte - Grundgesetzgarantie und Frauenforderungen gegen Prüfungsauftrag der Regierung und Antidiskriminierungsgesetz. Von der täglichen Praxis ganz zu schweigen.

Im Wahlprogramm der SPD waren noch konkrete Zusagen gemacht worden:

- Die EG-Richtlinien über den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der Arbeitswelt müssen in geltendes Recht für die Bundesrepublik Deutschland umge-



setzt werden. ..Nicht die Frau muß wie bisher vor Gericht beweisen, daß sie eine Ungleichbehandlung erfährt, vielmehr muß der Arbeitgeber beweisen, daß er nicht diskriminiert.

- Die in den Strukturprogrammen vorhandenen Ansätze zur besonderen Förderung qualifizierter Arbeitsplätze für Frauen sind zu verstärken.
- Für Frauen, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen, zum Beispiel wegen der Kindererziehung, sind Förderprogramme anzubieten, die ihnen die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern.
- Frauendiskriminierende Werbung ist zu verbieten.
- Die öffentliche Information muß verstärkt werden, um die Gleichberechtigung der Frauen im Arbeitsleben und ihre gleichberechtigte Mitarbeit in politischen und gesellschaftlichen Organisationen zu fördern.
- Modellprogramme für die Beratung und Betreuung von Frauen in Konfliktsituationen sind auszuweiten.
- Ressortübergreifende Stellen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen sind auch in den Ländern und Gemeinden einzurichten, in denen es bisher noch nicht gegeben ist. (Noch nicht geschehen ist es zum Beispiel bei der Bundesregierung!)
- Eltern sollen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können. Über den bereits eingeführten bezahlten Mutterschaftsurlaub hinaus will die SPD einen Anspruch auf Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie schaffen, der Mütter und Vätern zugute kommen wird.

Im Wahlprogramm stand dazu noch einiges mehr, in der Regierungserklärung kann man nur noch Spuren von Spurenelementen ausmachen. In der Koalitionsvereinbarung kam Familienpolitik nicht vor. Was aber bei den sozialdemokratischen Frauen Erschrecken bis Empörung ausgelöst hat, ist die Feststellung in Koalitionsvereinbarung wie in Regierungserklärung, daß "wegen der zur Zeit noch ungesicherten Datenlage über die Kosten der anstehenden Reformmaßnahmen kann die quantitative Ausfüllung der Grundsätze zur Alterssicherung erst im Herbst erfolgen". Es waren von Anfang an die sozialdemokratischen Frauen, die sich wegen der ungesicherten Datenlage gegen die zum Teil frauenfeindlichen Modelle bei der Hinterbliebenenversorgung gewandt haben. Die Einwände der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen sind auf dem letzten Parteitag in Berlin und im Parteirat als defätistische Äußerungen vehement zurückgewiesen worden. Heute steht die Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen im Regierungsprogramm. Eine echte Aufwertung der Frauenarbeit also!

"Wir haben keinen Anlaß zum Pessimismus", sagt der Bundeskanzler und macht damit deutlich, daß er ein anderes Verständnis von Optimismus hat, als die Frauen in diesem Lande. So schön ist es nämlich nicht, wenn die Frauen vom Arbeitsmarkt in die traditionelle unbezahlte Hausfrauenrolle zurückgedrängt werden. Denn die höheren Arbeitslosenzahlen, die für nächstes Jahr erwartet werden, dürften die Arbeitslosigkeit der Frauen, die jetzt schon doppelt so hoch wie die der Männer ist, weiter steigern. Ein weiteres Zurückdrängen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist aber immer einher gegangen mit dem Zurückdrängen der Frauen in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen und dem Ausbau der Vorherrschaft der Männer. Und so ist denn wohl auch der Slogan "Mut zur Zukunft" zu verstehen.

Die sozialdemokratischen Frauen bereiten zur Zeit ihre Bundeskonferenz vom Sommer 1981 vor. Thema dieser Konferenz ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dort werden die Frauen der SPD nicht nur die Sozialdemokratie und die Regierung am praktischen Handeln in Frauenfragen "prüfen", sondern auch Aktionen und Programme gegen die weitere Diskriminierung von Frauen in unserer Gesellschaft beschließen. (-/15.12.1980/ks/ca)

+ + +

